



Mehr Befähigung statt Beschränkung Grundsatzposition Nachhaltigkeit

A Die hessische Wirtschaft steht zum Prinzip Nachhaltigkeit. Aus unserem Selbstverständnis heraus, aus Verantwortung für die Zukunft und aus unternehmerischem Interesse: Denn durch nachhaltige Wirtschaften eröffnen sich vielversprechende Märkte der Zukunft.

Die hessischen Betriebe nehmen ihre **unternehmerische Verantwortung** auf vielfältige Weise wahr und verbinden wirtschaftlichen Erfolg mit der Berücksichtigung ökologischer, sozialer und gesellschaftlicher Aspekte. Damit, und durch die Entwicklung von **innovativen Produkten und Dienstleistungen**, tragen viele Unternehmen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bei.

In Zukunft wird die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zunehmend von ihrem Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft abhängen. Wichtige Interessengruppen – vom Kunden über die Politik bis zum Mitarbeiter – werden Betriebe verstärkt danach bewerten. Die hessische Wirtschaft ist bereit, sich dieser Verantwortung mit **neuen oder veränderten Geschäftsmodellen** zu stellen.

Die hessischen Ministerien und die Industrie- und Handelskammern in Hessen arbeiten gemeinsam an dem Ziel, nachhaltiges und verantwortliches Wirtschaften zu fördern. Gemeinsame Initiativen wie die **Wirtschaftsinitiative im Hessischen Bündnis für Nachhaltigkeit** und die **Umweltallianz Hessen** leisten einen Beitrag dazu. Dieses Engagement möchte die hessische Wirtschaft konsequent weiterführen und ausbauen, um Nachhaltigkeit zum Wettbewerbsvorteil zu machen und die Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen zu stärken.

B Die hessischen Unternehmerinnen und Unternehmer verstehen sich als ehrbare Kaufleute und beachten in ihrem unternehmerischen Handeln **Ökonomie, Ökologie und Soziales**. Sie stehen für eine verantwortungsvolle Teilnahme am Wirtschaftsleben. Dabei gelten nach wie vor die bewährten Tugenden der ehrbaren Kaufleute wie Verlässlichkeit, Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Loyalität und Respekt.

C Hessens Wirtschaft ist nicht Gegner, sondern Partner bei der Umsetzung von mehr Nachhaltigkeit.

In so manch öffentlicher Debatte über Nachhaltigkeit oder Klimaschutz wird Hessens Wirtschaft als tendenziell störend bezeichnet und ihr Beitrag zu einer Verbesserung geringgeschätzt – eine gefährliche Entwicklung. Denn Hessens Unternehmen werden mehr gebraucht denn je. Um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu erreichen, sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam gefordert. Gefragt sind zukunftsweisende Technologien und Lösungsansätze. Wollen wir über Zielvorstellungen hinauskommen, brauchen wir die **Innovationskraft und Umsetzungsstärke der hessischen Betriebe.**

D Nachhaltigkeit erreichen wir nicht mit mehr Selbstbeschränkung, sondern mit mehr Selbstbefähigung. Hessens Wirtschaft braucht nicht zusätzliche Regeln, sondern verstärkte Investitionsanreize, Forschungsförderung und Technologieoffenheit.

Der Umbau der Wirtschaft erfordert in den kommenden Jahrzehnten massive Investitionen. Kleinteilige Regulierung, bürokratische Anforderungen sowie komplexe und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren bremsen den unternehmerischen Elan bei Investitionen, zum Beispiel in den Klimaschutz, jedoch häufig aus. Ziel sollte es sein, die **Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen insgesamt zu stärken und nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz zu einem Motor für Wachstum, Wertschöpfung und Innovation in Hessen, Deutschland und der EU zu machen.

Nötig ist ein **schlanker, verlässlicher regulatorischer Rahmen**, der Unternehmen dazu befähigt, aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Voraussetzung dafür sind **herausragende Investitionsbedingungen** am Standort Hessen. Gefragt sind Technologieoffenheit, der Abbau bürokratischer Belastungen und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auch die digitale Transformation bietet hier große Chancen, etwa bei der Energie- und Ressourceneinsparung. Enge staatliche Anforderungen, sei es beim Umwelt- oder Klimaschutz oder bei unternehmerischen Sorgfaltspflichten, können Innovationen und Investitionen im Weg stehen und Kosten etwa für technische Anpassungen verursachen oder zusätzliche Dokumentations-, Berichts- oder Genehmigungspflichten hervorrufen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind damit besonders belastet.

Für Investitionen in den Wandel braucht es zudem **gute Finanzierungsbedingungen**. Die Regulierung für ein nachhaltiges Finanzwesen (Sustainable Finance) sollte darauf ausgerichtet sein, Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen für Investitionen in Klimaschutz und Energiewende zu erleichtern. Bei der Bewertung der Nachhaltigkeit von Sektoren muss ebenfalls deren Beitrag in Wertschöpfungsketten und für die



Herstellung nachhaltiger und klimaschonender Produkte Rechnung getragen werden. Die Regulierung sollte insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen führen und Finanzierungskanäle für alle Unternehmen offenhalten.

Die **öffentliche Auftragsvergabe**, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, wird zunehmend an nachhaltiges Wirtschaften der Auftragnehmer geknüpft. Mit Beschaffungen kann die öffentliche Hand Innovationen und Nachhaltigkeitsaspekte als strategische Ziele umsetzen. Allerdings droht die Auftragsvergabe mit zusätzlichen Anforderungen an die Unternehmen überfrachtet zu werden. **Innovations- und Nachhaltigkeitsaspekte** sollten **auftragsbezogen** und vom öffentlichen Auftraggeber **kontrollierbar** sein. Die strategischen Ziele dürfen nicht dazu führen, dass gerade kleine und mittlere hessische Unternehmen praktisch von vielen Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Das freiwillige, über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Engagement von Unternehmen sollte eine höhere Anerkennung finden, unter anderem durch **Erleichterungen bei Dokumentationspflichten und bei der Auftragsvergabe**. Denn geprüfte Umweltmanagementsysteme sind ein Gütesiegel für Unternehmen und öffentliches Bekenntnis für eine an Umwelt und Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmenskultur. Ziel sollte es sein, den Einstieg in ein systematisches Umweltmanagement für kleine und mittlere Unternehmen durch den Abbau unnötiger bürokratischer Lasten und die Nutzung von Beratungsprogrammen zu erleichtern.

Auch die Energiewende im Verkehr benötigt **Technologieoffenheit und Innovationen**, keine Feinsteuerung von Technologien. Die Märkte sollen in diesem Wandel durch die Politik bei der Entwicklung der Tank- und Ladeinfrastruktur unterstützt werden. Finanzielle und sonstige Anreize insbesondere für Fahrzeuge sollten nur solange ein Mittel sein, bis alternative Antriebe marktfähig sind. Deswegen brauchen alle Technologien zur CO₂-Minderung im Verkehr faire und stabile Rahmenbedingungen. Das schließt auch die Überprüfung indirekter Subventionen für fossile Energieträger ein.

Um die Potenziale für eine **ressourceneffiziente Produktion** zu erschließen, sollte die Politik zuerst auf Unterstützungsmaßnahmen für Forschung und Entwicklung sowie auf Stimulierung von Investitionen in Umwelttechnologien setzen und freiwillige Instrumente weiterentwickeln. Wo Defizite bei der Umsetzung bestehender Regelungen zur Produktgestaltung, der Sammlung oder dem Recycling bestehen, sollten diese praxisgerecht angepasst und der Vollzug effektiver gestaltet werden.

E Forderungen an die Landespolitik

- Hessens Wirtschaft braucht nicht zusätzliche Regeln, sondern verstärkte Investitionsanreize, Forschungsförderung und Technologieoffenheit.
- Die Landesregierung sollte verlässliche Rahmenbedingungen schaffen und die notwendigen Freiräume für die Wahrnehmung und Ausgestaltung unternehmensspezifischer Verantwortung lassen.
- Neue, attraktive Förderprogramme auf den Weg bringen. *[Welche konkret?]*
- Innovations- und Nachhaltigkeitsaspekte in der öffentlichen Auftragsvergabe sollten auftragsbezogen und kontrollierbar sein.
- Erleichterungen bei Dokumentationspflichten und bei der Auftragsvergabe für Unternehmen, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Nachhaltigkeitsmaßnahmen ergreifen.
- Das Bündnis für Nachhaltigkeit im Rahmen der Wirtschaftsinitiative mit der Wirtschaft weiterentwickeln.
- Verstärkte Kommunikation und Beratungsförderung zur Realisierung nachhaltiger Geschäftsmodelle. Die hessischen IHKs unterstützen hier zum Beispiel mit praxisnaher Beratung zur Existenzgründung, zu Energieeffizienzmaßnahmen und zur Erstellung von Klimabilanzen.
- Einrichtung regionaler Wirtschaftsforen, um den Erfahrungsaustausch zu fördern.

